

Für die Freiheit und Unabhängigkeit der Forschung

Festrede der Präsidentin der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Professorin Dr. Katja Becker

anlässlich der Jahresversammlung der DFG 2026

Bundeskunsthalle, Bonn, 30. Juni 2026

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

in meiner Antrittsrede als Präsidentin der DFG habe ich anlässlich unseres hundertjährigen Jubiläums über ein Prinzip gesprochen, das tief in der Geschichte und dem Selbstverständnis unserer Organisation verankert ist: das Prinzip der wissenschaftsgeleiteten Forschungsförderung.

Damals sagte ich: „Was dieses Prinzip am heutigen Tag bedeutet, was es bedeuten kann und was es nie wieder bedeuten darf, darauf sollten wir jederzeit zu antworten imstande sein.“¹

Diese Frage hat nichts von ihrer Aktualität verloren. Im Gegenteil: Sie stellt sich heute mit neuer Dringlichkeit. Denn wissenschaftsgeleitete Forschungsförderung ist weit mehr als nur ein Organisationsprinzip. Sie beruht auf einer grundlegenden zivilisatorischen Errungenschaft: dem Vertrauen darauf, dass Erkenntnis nicht durch Autorität entsteht, sondern durch die Kraft des besseren Arguments; nicht durch politische Vorgaben, sondern durch die Freiheit zu erforschen, was wissenschaftlich relevant ist.

In der Tat sollte „die Wissenschaft als etwas noch nicht ganz Gefundenes und nie ganz Aufzufindendes [betrachtet], und sie unablässig als solche [gesucht]“ werden.² In diesem Gedanken liegt bis heute ihr eigentlicher Freiheitsanspruch. Wissenschaft kann jedoch nur dort gedeihen, wo das Ergebnis nicht bereits feststeht. Dort also, wo Bekanntes hinterfragt und Hypothesen kritisch geprüft werden können und wo offene Fragen den Weg zum Fortschritt weisen.

¹ Rede der Präsidentin der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Professorin Dr. Katja Becker, anlässlich des Neujahrsempfangs der DFG in Berlin, 13. Januar 2020, S. 2f. www.dfg.de/resource/blob/174074/200113-rede-becker-neujahrsempfang-de.pdf

² Wilhelm von Humboldt, Über die innere und äussere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin, in: Königlich Preussische Akademie der Wissenschaften (Hg.), Wilhelm von Humboldts Gesammelte Schriften. Band X. Zweite Abteilung: Politische Denkschriften I. Berlin 1903 [ND 1968], S. 250-260, Zitat S. 253.

Demokratie und Wissenschaft wurzeln damit in derselben geistigen Haltung. Beide setzen voraus, dass Argumente stärker sein sollten als Autoritäten, Kritik produktiver als Gewissheit und Lernen wichtiger als Rechthaben. Beide leben von der Einsicht, dass Erkenntnis niemals abgeschlossen ist und dass Freiheit nicht trotz, sondern erst durch Offenheit und Dialog möglich wird.

Gerade deshalb beruht die Wissenschaftsfreiheit nicht allein auf Verfassungsartikeln und Institutionen. Vielmehr lebt sie auch von einer politischen Kultur, die Widerspruch zulässt, Kritik aushält und Erkenntnis nicht danach bewertet, ob sie bestehende Überzeugungen bestätigt.

In vielen Staaten der Welt – nicht zuletzt in den USA, aber auch in Europa – ist diese Kultur unter Druck geraten. Gemeinsam mit der Demokratie gerät zunehmend auch die Freiheit der Wissenschaft in Bedrängnis. Und wenn die freie Suche nach Erkenntnis eingeschränkt wird, kann sich wiederum auch die menschliche Vernunft nicht ungehindert entfalten. Nicht zuletzt deshalb analysiert die DFG routinemäßig die Wahlprogramme und die wissenschaftspolitischen Haltungen in der Parteienlandschaft.

Wissenschaftsfreiheit ist nicht allein deshalb schützenswert, weil Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sie für sich beanspruchen. Sie ist vor allem deshalb schützenswert, weil eine Gesellschaft ohne freie Wissenschaft ihre Fähigkeit verliert, zwischen Wissen und Behauptung, zwischen Erkenntnis und Ideologie zu unterscheiden. Wer die Freiheit der Wissenschaft einschränkt, schwächt nicht nur die Wissenschaft. Er untergräbt auch die Grundlagen einer offenen Gesellschaft.

Wer über Erkenntnis bestimmen will

Und auch in diesem Land gibt es politische Akteure, die die Freiheit als Fundament wissenschaftlicher Erkenntnisfindung offen infrage stellen.

So heißt es im sogenannten Regierungsprogramm der AfD für Sachsen-Anhalt, die deutsche Wissenschaft habe ihre „Authentizität“ verloren. Sie sei, so wird behauptet, nicht mehr in der Lage, „ideologiefreies Wissen“ hervorzubringen. Deutschland erlebe einen wissenschaftlichen „Niedergang“, der durch grundlegende Reformen beendet werden müsse. Ziel sei es, die Wissenschaft „zu ihrer alten Größe zurück[zuführen“.³

³ Regierungsprogramm der AfD Sachsen-Anhalt, V. Wissenschaft. <https://afd-regierungsprogramm.de> (zuletzt abgerufen am 25.06.2026).

Solche Aussagen verdienen Widerspruch. Nicht weil sie politische Positionen vertreten, sondern weil sie ein Wissenschaftsverständnis erkennen lassen, das mit den Grundprinzipien unserer Verfassung unvereinbar ist.

Wissenschaft ist frei. Sie muss ihre Ergebnisse nicht vorab als ideologiefrei zertifizieren lassen. Sie lebt davon, dass ihre Methoden transparent, ihre Argumente überprüfbar und ihre Erkenntnisse kritisierbar sind. Gerade darin liegt ihre Stärke.

Wer Wissenschaft jedoch pauschal Ideologisierung vorwirft, ohne die bewährten Verfahren wissenschaftlicher Kritik zu berücksichtigen, der ersetzt Erkenntnis durch Verdacht. Wer einzelne Forschungsfelder allein deshalb delegitimiert, weil deren Ergebnisse den eigenen weltanschaulichen Überzeugungen widersprechen, verlässt den Boden wissenschaftlicher Auseinandersetzung.

Besonders deutlich wird dies, wenn Forschende persönlich zum Ziel politischer Kampagnen werden. Wenn etwa die Absicht geäußert wird, man werde ganze Fachrichtungen schließen und Professorinnen und Professoren aufgrund ihrer Forschungsgebiete aus den Hochschulen entfernen, dann richtet sich der Angriff nicht mehr nur gegen Einzelne.⁴ Er richtet sich gegen die Freiheit der Wissenschaft als Ganzes. Er richtet sich gegen uns alle.

Dabei geht es nicht um parteipolitische Auseinandersetzungen. Es geht um eine Grundfrage freiheitlicher Gesellschaften: Wer entscheidet darüber, was erforscht werden darf? Und wer bestimmt, welche Erkenntnis legitim ist?

In demokratischen Rechtsstaaten lautet die Antwort seit Jahrzehnten: Nicht die Politik, sondern die Wissenschaft selbst entscheidet dies – im Rahmen ihrer oftmals verfassungsrechtlich garantierten Freiheit, ihrer institutionellen Autonomie und ihrer fachlichen Expertise.

Dort aber, wo Wissenschaft nicht mehr als offener Erkenntnisprozess verstanden wird, sondern als Instrument zur Bestätigung vorgefasster Gewissheiten, gar zur Legitimierung politischer Ideologie dienen soll, gerät ihr Wesenskern in Gefahr. Hier wird keine inhaltliche Auseinandersetzung mehr gesucht. Vielmehr wird um die Voraussetzungen gestritten, unter denen Erkenntnisgewinn überhaupt erst möglich ist.

Deshalb geht es hier nicht mehr allein um einzelne Fachgebiete, Hochschulen oder Förderentscheidungen. Es geht um die Freiheit als Fundament unserer Demokratie – und damit auch um die Verteidigung jener Freiheit, ohne die Wissenschaft aufhört, Wissenschaft zu sein.

⁴ Vgl. die Rede von Alice Weidel auf dem AfD-Parteitag am 11.01.2025 in Riesa. Abrufbar unter: www.phoenix.de/afd-parteitag-a-4737357.html (zuletzt abgerufen am 25.06.2026).

Hinsehen und wachsam bleiben

Doch die Herausforderung erschöpft sich nicht in offenen Angriffen auf die Wissenschaft. Vielmehr müssen wir schon dort aufmerksam sein, wo wissenschaftliche Begriffe, Methoden und Autoritäten – mal kühn, mal ganz subtil – in Anspruch genommen werden, um Positionen zu legitimieren, die einer wissenschaftlichen Überprüfung gerade nicht standhalten würden.

Wir alle hier wissen: Wissenschaftliche Erkenntnisse leben von Kontext, von Differenzierung und von methodischer Sorgfalt. Doch wenn etwas nach Wissenschaft aussieht und vielleicht sogar in fachlicher Sprache verfasst ist, tatsächlich aber wissenschaftliche Erkenntnisse selektiv verwendet, verkürzt darstellt oder aus ihrem Zusammenhang löst, dann steht mehr auf dem Spiel als nur eine sachgerechte Argumentation. Dann wird nicht Wissenschaft betrieben, sondern schlicht wissenschaftliche Autorität für politische Zwecke instrumentalisiert.

Dies hat weitreichende Folgen, denn die Wissenschaftsfreiheit schützt nicht einfach nur die Forschung. Vielmehr schützt sie mit ihr zugleich auch die Voraussetzungen einer öffentlichen Debatte, die sich nicht nur von bloßen Behauptungen leiten lässt, sondern sich an rationalen Argumenten orientiert und auf gesicherten Fakten fußt.

Die Gefährdung beginnt aber nicht erst dort, wo Tatsachen geleugnet werden. Schon Hannah Arendt hat darauf hingewiesen, dass die „entstehende Verwirrung beträchtlich sein“ kann, „wenn der Lügner nicht über die Macht verfügt, seine Fälschung öffentlich als Wahrheit zu etablieren, und daher erklärt, dies sei eben seine Ansicht von der Sache, für die er dann das Recht der Meinungsfreiheit in Anspruch nimmt“.⁵ Dieser Gedankengang legt nahe: Es wird bereits dort gefährlich, wo die Grenze zwischen Tatsachen, Meinungen und politischen Interessen verwischt.

Deshalb sollten wir aufmerksam beobachten, wenn Wissenschaftsfreiheit politisch umgedeutet wird. Wenn sie nicht mehr als Freiheit der Forschung verstanden wird, sondern als Anspruch darauf, wissenschaftliche Erkenntnisse von politischer Seite zu bestätigen, zu korrigieren oder zu ersetzen.

Wissenschaftliche Institutionen stehen dabei in einem komplexen Spannungsverhältnis, denn obwohl es weit überwiegend öffentliche Mittel sind, die ihrer Arbeit die notwendigen Freiräume eröffnen, sind sie nicht politisch weisungsgebunden. Im Gegenteil: Ihre Aufgabe besteht nicht darin, gesellschaftliche Überzeugungen zu bestätigen, sondern neue Erkenntnisse zu gewinnen – auch dann, insbesondere auch dann, wenn diese unbequem sind.

⁵ Hannah Arendt, Wahrheit und Politik, in: Thomas Meyer (Hg.), Hannah Arendt. Vorträge und Aufsätze 1961–1977, München 2025, S. 478-534, Zitat S. 511.

Gerade deshalb müssen wir wachsam bleiben. Wissenschaftsfreiheit wird selten in einem einzigen Schritt eingeschränkt. Ihre Aushöhlung ist längst im Gange, wenn systematisch Misstrauen gegenüber wissenschaftlichen Institutionen geschürt, einzelne Forschungsgebiete politisch markiert und wissenschaftliche Unabhängigkeit als Hindernis für politische Gestaltungsmöglichkeiten dargestellt wird.

Um unsere Wissenschaftsfreiheit zu bewahren, bedarf es daher mehr als nur Solidaritätsbekundungen und dem Schutz einzelner Persönlichkeiten, Disziplinen und Einrichtungen. Wir müssen uns für all jene institutionellen, kulturellen und verfassungsmäßigen Voraussetzungen einsetzen, die unabhängige Erkenntnisfindung überhaupt erst ermöglichen.

Die Garantin der freien, erkenntnisgeleiteten Forschung

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft steht für genau diese wissenschaftliche Unabhängigkeit. Mit freier Themenwahl und offenen Förderformaten dient sie allein der Wissenschaft. Sie fördert Forschung höchster Qualität und stellt die Dynamik wissenschaftlicher Erkenntnisprozesse in den Mittelpunkt – unabhängig von politischen Zwecksetzungen und weltanschaulichen Erwartungen.

Dass wir auch in der Wissenschaft intensiv um die besten Kriterien für die Forschungsbewertung ringen und dass sich sowohl das Wissenschaftssystem als auch das gesellschaftliche Koordinatensystem, vor dessen Hintergrund Wissenschaft stattfindet, ständig weiterentwickeln, steht außer Frage. Dass angesichts limitierter Ressourcen oft auch schwierige Förderentscheidungen getroffen werden müssen und die Enttäuschung bei den Antragstellenden entsprechend hoch sein kann, gehört ebenso zu den Merkmalen qualitätsbasierter Auswahlprozesse. In keinem Fall aber dürfen diese in der Wissenschaftscommunity geführten, wichtigen Debatten zu einer Einfallspforte für Feinde der freien Wissenschaft werden.

Als zentrale Selbstverwaltungsorganisation der Wissenschaft in Deutschland genießt die DFG ein besonderes Vertrauen: das Vertrauen in die Fähigkeit der Wissenschaft, ihre Qualitätsmaßstäbe selbst zu entwickeln und ihre besten Ideen selbst zu erkennen. Tausende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem In- und Ausland füllen dieses Prinzip durch ihr ehrenamtliches Engagement in Begutachtung, Bewertung und Gremienarbeit mit Leben. Ihre Entscheidungen treffen sie nicht im Interesse einzelner Institutionen oder Disziplinen, sondern im Dienste höchstmöglicher wissenschaftlicher Qualität.

Gerade darin liegt die besondere Stärke unseres Wissenschaftssystems. Über das Prinzip der wissenschaftsgeleiteten Forschungsförderung wird hochinnovative Forschung ermöglicht, die

sich nicht an kurzfristigen Erwartungen orientieren muss. So wird Raum geschaffen für frische Ideen, überraschende Erkenntnisse und wegweisende Durchbrüche.

Wer wissenschaftsgeleitete Förderung jedoch als politische Steuerung bezeichnet oder wissenschaftliche Selbstverwaltung als Ausdruck ideologischer Voreingenommenheit darstellt, der verwechselt Ursache und Wirkung. Nicht politische Einflussnahme sichert die Qualität wissenschaftlicher Forschung. Gerade die wissenschaftliche Unabhängigkeit ist die Voraussetzung dafür, dass Deutschland zu den leistungsfähigsten und innovativsten Wissenschaftsstandorten der Welt gehört.

Umso wichtiger ist es, dass die Wissenschaft in Deutschland auch zukünftig auf ein hohes Maß an gesellschaftlichem und politischem Vertrauen bauen kann. Seit Jahrzehnten schützen Bund und Länder die Wissenschaftsfreiheit, fördern die wissenschaftliche Selbstverwaltung und schaffen damit die Voraussetzungen für unsere außergewöhnlich erfolgreiche Forschungslandschaft. Dieses Vertrauen zeichnet unser Land und unseren Wissenschaftsstandort aus und fördert unsere Wettbewerbsfähigkeit.

Als Organisation, die ihre Rolle während der Zeit des Nationalsozialismus intensiv aufgearbeitet und sich dieser „zutiefst unbequemen Wahrheit“ gestellt hat, wissen wir zugleich: Dieses Vertrauen ist nicht selbstverständlich.⁶

Die heutige DFG steht in einer Tradition, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs bewusst neu begründet wurde: im tiefen Bekenntnis zu unserem Grundgesetz, geprägt vom Föderalismus unserer Demokratie sowie dem Prinzip der themenoffenen, wissenschaftsgeleiteten Förderung von Forschung höchster Qualität.

Denn wird die Wahrheit der politischen Macht untergeordnet, ist es nicht mehr weit bis zur Lüge. Wie sich dies anfühlt, hat Erika Mann in ihrem Kabarett „Die Pfeffermühle“, das sie in München etabliert und dann im Exil in Zürich weitergeführt hat, sehr klar adressiert. In ihrem 1934 erschienenen Lied „Der Prinz von Lügenland“ schreibt sie unter anderem:

„[...]“
*Lügen macht reich,
 Lügen sind fein,
 Wirken wie wahr,
 Waschen dich rein,
 Gehn wie Hündlein folgsam an der Leine.*

⁶ DFG-Präsident Professor Dr. Matthias Kleiner zu den Ergebnissen der unabhängigen Forschergruppe zur „Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1920–1970“ anlässlich der internationalen Abschlusskonferenz im Harnack-Haus in Berlin, 30.-31. Januar 2008.

*Bei mir daheim im Lügenland
Darf keiner mehr die Wahrheit reden, –
Ein buntes Netz von Lügenfäden
Hält unser grosses Reich umspannt.*

[...]

*Lügen ist recht,
Lügen ist leicht,
Alles ist gut,
Wenn mans erreicht, –
Lügen sind zu unserm Zweck die Mittel.*

*Lügen bringt Ruhm
Dem Lügenland,
Lügen sind bunt
Und elegant;
Dumme Wahrheit geht in grauem Kittel [...].⁷*

Der demokratische Neubeginn der Bundesrepublik bedeutete deshalb auch einen Neubeginn für die Wissenschaftsfreiheit. Dass die Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre im Grundgesetz einen besonderen Schutz genießt, ist keine historische Zufälligkeit. Es ist Ausdruck einer grundlegenden Einsicht: Wenn Forschung politisch gelenkt wird, verliert nicht nur die Wissenschaft, sondern auch die Gesellschaft.

Umgekehrt gilt: Eine freie und unabhängige Wissenschaft trägt auch dazu bei, offene Gesellschaften davor zu bewahren, politische Überzeugung an die Stelle kritisch geprüfter Erkenntnis zu setzen.

Von der Überzeugungskraft des besseren Arguments

Wissenschaft und Demokratie beruhen beide auf einem Vertrauen, das auch in unserer Zeit keineswegs selbstverständlich ist: dem Vertrauen in die Vernunftfähigkeit des Menschen und in seine Bereitschaft, sich dieser Vernunft zu bedienen. Beide setzen voraus, dass Argumente

⁷ Erika Mann, Der Prinz von Lügenland [Chanson, dargestellt von Erika Mann, Musik von Eugen Auerbach]. Münchner Stadtbibliothek / Monacensia; Nachlass Erika Mann, Pfeffermühle 52. urn:nbn:de:0302-72494.

stärker sein können als Vorurteile, Erkenntnis stärker als Ideologie und die gemeinsame Suche nach Wahrheit stärker als der Anspruch, bereits über sie zu verfügen.

Und so schützt die Wissenschaftsfreiheit mit der Forschung auch ein bestimmtes Verständnis vom Menschen und unserer Gesellschaft: das Verständnis, dass niemand über dem Argument steht, dass Erkenntnis offen bleibt und dass Kritik kein Angriff, sondern ein engagiertes Eintreten für den Fortschritt ist.

Dieses Verständnis prägt auch die Deutsche Forschungsgemeinschaft. Mit ihrer wissenschaftsgeleiteten Forschungsförderung macht sie sich stark für wissenschaftliche Exzellenz, für wissenschaftliche Selbstverwaltung und für die Freiheit einer Forschung, deren Ergebnisse niemals vorgegeben werden dürfen.

Diese Prinzipien sind nicht verhandelbar. Sie bilden das Fundament unseres Wissenschaftssystems. Und sie gehören zugleich zu den Grundlagen unserer freiheitlichen Demokratie.

Deshalb müssen wir klar widersprechen, wenn die Wissenschaftsfreiheit unter dem Vorwand ihres Schutzes eingeschränkt werden soll.

Die Wissenschaft in Deutschland verfügt über eine starke Stimme. Nutzen wir diese.

Stehen wir gemeinsam ein für die Freiheit und Unabhängigkeit der Forschung, für die Autonomie unserer wissenschaftlichen Einrichtungen und für unsere offene und demokratische Gesellschaftsordnung, die all dies überhaupt erst ermöglicht!

Eine freie Wissenschaft garantiert keine fehlerfreie Gesellschaft.

Aber ohne freie Wissenschaft gibt es keine Gesellschaft, die ihre Fehler erkennen und korrigieren kann.

Darum verteidigen wir die Freiheit der Wissenschaft.

Nicht nur um der Wissenschaft willen.

Sondern um der Freiheit willen.

Herzlichen Dank.